

Der Arbeitskreis Psychotherapie Schwalm-Eder informiert zur Gesundheitspolitik

Ende des freien Zugangs zur Psychotherapie?

Anlaß: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Bad Wildungen am 22.10.18

Viele Einzelpraxen in ländlichen Gebieten werden von den ständigen Neuerungen durch Gesetzgebungen und den damit einhergehenden technischen und bürokratischen Vorgaben überfordert. Nun gefährden zusätzlich mehrere schon beschlossene bzw. auf den Weg gebrachte gesetzliche Änderungen die Grundlagen der ambulanten psychotherapeutischen Tätigkeit.

- Mit dem zwangsweisen Aufbau des umfassenden Datennetzes der Telematik-Infrastruktur (TI) wird die **therapeutische Schweigepflicht ausgehöhlt**. Die Zusicherung einer 100%-Sicherheit von Daten im Netz ist unhaltbar. Unser elementares Interesse am Schutz der sensiblen Daten des Psychotherapeutenklientels wird ignoriert, fundierte Bedenken mit Absichtserklärungen hinweggefegt. Das Projekt kostet zudem die Versichertengemeinschaft Milliarden.
- Im Entwurf des im Kabinett bereits durchgewinkten „Terminservice- und Versorgungsgesetzes“ wird der bisherige **Erstzugang zur Psychotherapie durch ein sog. „gestuftes Versorgungskonzept“ ersetzt**. Im Klartext sollen sog. speziell qualifizierte „Lotsen“ darüber befinden, wer wie psychotherapeutisch behandelt wird. Bereits in der ersten Stufe können Hilfesuchende abgewiesen bzw. auf Medikamente oder digitale Angebote eingestellt werden. Solche Angebote können eine Einzelbehandlung ergänzen und erweitern, aber nicht ersetzen.

Wir sehr gut ausgebildeten, berufserfahrenen PsychotherapeutInnen stellen **keinen Nutzen der Reformen für unsere Kerntätigkeit** fest. Mag schnellerer Datenaustausch für die Notfallmedizin dringend angezeigt sein, sind bei Psychotherapiedaten ganz andere Maßstäbe anzulegen.

Noch hat jede/r Krankenversicherte bei psychischen Symptomen von Krankheitswert, die ein/e niedergelassene/r Therapeut/in feststellt, **freie Behandlerwahl**. Das Ansehen unserer Berufsgruppe in der Bevölkerung ist hoch. Sie beansprucht nur 0,4 % der Ausgaben im Gesundheitswesen. Der Bedarf steigt ständig. Dadurch entstehen lange Wartezeiten auf Therapieplätze. Gerne bringen wir unsere fachliche Expertise ein, um diese abzukürzen. Aber keiner fragt uns!

Psychisch erkrankte Menschen aus allen Gesundheitsberufen bilden einen großen Teil unseres Klientels. Warum? Auch, weil eine Umorientierung der Gesundheitspolitik weg von Technisierung, Hierarchie- und Profitdenken überfällig ist!

Deshalb fordern wir vor allem die Anerkennung der zentralen Bedeutung des mitmenschlichen Umgangs in der Krankenbehandlung! Entscheidungsfreiheit über die TI-Anbindung! Mitbeteiligung an Entscheidungen mit großen Auswirkungen auf unsere tägliche Arbeit! Erhaltung des Erstzugangsrecht zur Psychotherapie!

- Unterstützen Sie unsere Initiative, indem Sie in der regionalen Politik Ihre Bedenken ansprechen, Freunde und Bekannte informieren. Nehmen Sie Einfluß!
- Zeichnen Sie die Petition an die Datenschutzbeauftragte, die darauf abzielt, die Psychotherapie aus der Anbindungsverpflichtung aus der TI herauszunehmen: <http://bit.ly/2CZvBt5>